

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Einleitung	1
1. Teil: Herausforderungen an das Recht der inneren und äußeren Sicherheit.	5
A. Die „Informationsgesellschaft“ und ihre Gefährdungen	6
I. Ausprägung und Charakteristika der „Informationsgesellschaft“	6
1. Die gesellschaftliche Bedeutung der „Information“.	6
2. Anforderungen an die Rechtsordnung	8
3. Wachsende Bedeutung der Vorsorge	12
4. Informationsgesellschaft und Steuerungsfunktion des Rechts	14
5. Rechtliche Gestaltung der Informationsgesellschaft als politische Aufgabe	17
6. Eignung traditioneller Kategorien des Rechts zur Bewältigung der Informationsgesellschaft.	20
7. Internationalisierung und Globalisierung	22
II. Die „Informationsgesellschaft“ und ihre rechtliche Bedeutung	24
III. „Informationsgesellschaft“ und „Risikogesellschaft“	27
IV. „Internet-Devianz“	29
B. „Internationaler Terrorismus“.	30
I. Begriff des „Terrorismus“.	31
II. Besonderes Bedrohungspotenzial des „Internationalen Terrorismus“	35
III. Reaktionen des Gesetzgebers.	39
1. Die „Anti-Terror-Pakete“ I und II	41
2. Insbesondere: Die Änderung des Bundesverfassungs- schutzgesetzes.	43
IV. Nivellierung der Grenzen von innerer und äußerer Sicherheit	45
V. Notwendigkeit intensiverer Kooperation	46

C. „Organisierte Kriminalität“	46
2. Teil: Der Begriff der „Gefahrenabwehr“	51
A. Gefahrenbegriff.	51
I. Schutzgüter und Schutzkomponenten.	52
1. Öffentliche Sicherheit	52
2. Öffentliche Ordnung.	54
II. Hinreichende Wahrscheinlichkeit bzw. Gewissheit eines Schadenseintritts, „Störung“	65
B. Abgrenzungen	67
I. Vorsorge	67
1. „Vorverlagerung“ staatlichen Handelns	68
2. Vorsorge als Reaktion auf „Ungewissheit“	70
3. Vorsorge als Rechtsprinzip	75
4. „Vorsorge“ in einfachgesetzlichem Gewand: das Beispiel des Immissionsschutzrechts	77
a) Die Vorsorgepflichten des Anlagenbetreibers nach §5 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG.	77
b) Begriffliche Konturierung	79
5. Vorsorgeziele	81
a) Vermeidung von Gefahrenlagen – „Gefahrenvorsorge“ . .	81
b) Schaffung einer „Pufferzone“ vor der Gefahrenschwelle .	82
c) „Verteilungsgerechtigkeit“ und „Ressourcenschonung“ .	83
d) „Sanierungskomponente“	84
6. Überdehnung des Vorsorgegedankens?	84
a) Vorsorgepflichten als Innovationshemmnis?	84
b) Zu extensive Handhabung des Vorsorgegedankens? . . .	85
7. Verfassungsrechtliche Bindungen von Vorsorgemaßnahmen	90
8. Abgrenzung von Gefahrenabwehr und Vorsorge?	91
II. Repressives Handeln.	95
III. Daseinsvorsorge	96
IV. Vorbeugende Bekämpfung von Straftaten.	100
1. Verhütung von Straftaten	101
2. Verfolgungsvorsorge	102
V. Staatliche Infrastrukturverantwortung	114
1. „Kritische“ Infrastrukturen	114
2. „Verletzlichkeit der Informationsgesellschaft“	116
3. Reichweite staatlicher Infrastrukturverantwortung	118

4. Insbesondere: Schutz vor schädigendem Zugriff	123
5. Eigensicherung und Indienstnahme	125
a) Gesetzliche Eigensicherungspflichten.	125
b) Eigensicherung oder Indienstnahme am Beispiel des nordrhein-westfälischen Hafensicherheitsgesetzes	127
C. „Sicherheitsvorsorge“ als „dritte Aufgabenkategorie“?.	134
3. Teil: Das Grunddilemma der Gefahrenabwehr: Freiheit oder Sicherheit?.	
A. Freiheit als Wert mit Verfassungsrang	138
B. Sicherheit als Wert mit Verfassungsrang	140
I. Begriff der Sicherheit	141
II. Verfassungsrechtliche Bedeutung der Sicherheit	143
1. Ideengeschichtlicher Überblick	144
2. Sicherheit als Gemeinwohlgut.	147
3. Staatsaufgabe Sicherheit	149
a) Staatsziel Sicherheit	149
b) Subjektives Recht auf Sicherheit	150
c) Insbesondere: „Grundrecht auf Sicherheit“?.	154
III. Beteiligung Privater an Gefahrenabwehraufgaben	159
1. „Privatisierung“ der Gefahrenabwehr?.	159
2. Insbesondere: „Haftungsintermediäre“ im Internet	167
C. Der Ausgleich zwischen Freiheit und Sicherheit – Allgemeiner Vorrang der Freiheit?	179
D. Der Ausgleich von Freiheit und Sicherheit als genuine Aufgabe des Gesetzgebers	182
4. Teil: Ausdifferenzierung gefahrenabwehrrechtlicher Eingriffsermächtigungen	
A. Einleitung	187
B. Gefahrenabwehr oder Förderung des subjektiven Sicherheitsgefühls?	188

C. Das Gefahrenabwehrrecht als „reaktives“ Recht	193
D. Grundrechtliche Vorgaben für gesetzliche Eingriffs- ermächtigungen zur Gefahrenabwehr	194
I. Menschenwürdegarantie (Art. 1 Abs. 1 GG)	195
1. Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung und „Informationseingriffe“	195
a) Der Kernbereichsschutz in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	195
b) Inkonsequenz des Kernbereichsschutzkonzepts des Bundesverfassungsgerichts?	198
2. Lebensrettende Aussageerzwingung und Folterverbot.	201
3. Ermächtigung zum Abschuss entführter Passagiermaschinen (§ 14 Abs. 3 a. F. LuftSiG)	216
II. Das (Grund-)Recht auf informationelle Selbstbestimmung (Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG)	221
1. Dogmatische Herleitung – das „Volkszählungsurteil“ des Bundesverfassungsgerichts	222
2. Gewährleistungsgehalte des (Grund-)Rechts auf informationelle Selbstbestimmung	224
a) Abwehrrechtliche Gewährleistungselemente.	224
aa) Grundlagen	224
bb) Verfassungsgerichtliche Konturierung des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung	229
(1) Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen nach dem Außenwirtschaftsgesetz (BVerfGE 110, 33 ff.)	229
(2) Automatisierte Erfassung von Kraftfahrzeug-Kennzeichen (BVerfGE 120, 378 ff.)	231
(3) Rasterfahndung zu präventiv-polizeilichen Zwecken (BVerfGE 115, 320 ff.)	241
b) Objektiv-rechtliche Funktionen, teilhabe- und leistungsrechtliche Gewährleistungselemente	259
c) „Recht auf Vergessen“	262
3. Kritik des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung	264
III. Das Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme („Computer-Grundrecht“)	268
1. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur „Online-Durchsuchung“ (BVerfGE 120, 274 ff.)	268
2. Herleitung und Inhalt des „Computer-Grundrechts“	271
a) Ausprägung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	271
b) Grundrechtliche Schutzlücke	274

aa) Art. 10 Abs. 1 GG	274
bb) Art. 13 Abs. 1 GG	275
cc) Allgemeines Persönlichkeitsrecht, Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG	277
dd) Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung . .	277
c) Sachlicher Schutzbereich	279
d) Kriterien der Eingriffsintensität	280
e) Beschränkungsmöglichkeiten – Anforderungen an die Gefahrenlage	280
f) „Computer-Grundrecht“ und grundrechtliche Schutzpflichten	281
3. Kritik des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur „Online-Durchsuchung“	284
a) Befugnis des Bundesverfassungsgerichts zur Konturierung eines „neuen“ Grundrechts	284
b) Bestehen einer grundrechtlichen Schutzlücke	287
aa) Recht auf informationelle Selbstbestimmung	287
bb) Art. 13 Abs. 1 GG	292
c) Persönlicher Schutzbereich des Grundrechts.	293
d) Schutzwürdiges Vertrauen in Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme	294
e) Modifikation des Gefahrenbegriffs	295
aa) Die Konstruktion des Bundesverfassungsgerichts . .	295
bb) Alternative Lösungsansätze im Schrifttum	298
(1) „Abstrakte Gefahr“	298
(2) „Gefahrenverdacht“	299
(3) „Risiko“	300
f) Prozedurale Anforderungen	304
g) Unzulässigkeit der „Online-Durchsuchung“?	304
IV. Das Grundrecht auf Wahrung des „Telekommunikations- geheimnisses“ (Art. 10 Abs. 1 GG).	305
1. Gewährleistungsgehalt.	305
a) Schutz des „Telekommunikationsgeheimnisses“.	306
b) Informationspflichten.	306
c) Verhältnis zum Recht auf informationelle Selbstbestimmung.	310
2. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum sog. „IMSI-Catching“ (BVerfG, NJW 2007, 351 ff.)	312
a) Repressive und präventive Einsatzermächtigungen	312
b) Technische Einwände gegen das „IMSI-Catching“	314
c) Grundrechtliche Bewertung des „IMSI-Catchings“	316
3. „Vorratsdatenspeicherung“ nach §§ 113 a, 113 b TKG	323

V. Das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 Abs. 1 GG)	328
1. Gewährleistungsgehalt	328
2. „Großer Lauschangriff“	329
5. Teil: Veränderungen der föderalen Kompetenzordnung	333
A. Kompetenzfragen der Novelle des Bundeskriminalamtgesetzes.	333
I. Die Neuregelung des Bundeskriminalamtgesetzes.	333
II. Kompetenzfragen	335
III. Exkurs: Weitere Einwände gegen die Novelle des Bundeskriminalamtgesetzes	340
1. Regelung von „Online-Durchsuchung“ und „Quellen- Telekommunikationsüberwachung“	340
2. Eilfallkompetenz	342
3. Richtervorbehalt und Begründungserfordernis	345
4. Zuständigkeit zur Prüfung möglicher Kernbereichs- verletzungen bei der „Online-Durchsuchung“	346
5. Zeugnisverweigerungsrechte	347
B. Kooperation zwischen Bund und Ländern im Bereich des Katastrophenschutzes	351
C. Einsatz der Bundeswehr im Inneren	353
D. Aufgabenerweiterung von Bundesgrenzschutz bzw. Bundespolizei	361
6. Teil: Relativierung des Trennungsgebotes	367
A. Tendenzen zur Relativierung des Trennungsgrundsatzes	368
I. Repressive Kriminalitätsbekämpfung	368
II. Präventiver Bereich	370
B. Herleitung und Rang des Trennungsgebotes	372
I. Einfachgesetzlicher Bestand	372
II. Verfassungsrang des Trennungsgebotes?	374
1. Ansätze in der Rechtsprechung	374
2. Dogmatische Herleitung eines Trennungsgebotes mit Verfassungsrang.	379

a) Herleitung aus dem „Polizeibrief“ der alliierten Militärgouverneure	380
b) Herleitung aus geltendem Verfassungsrecht	381
C. Wirkungen des Trennungsgebotes	385
I. Folgen des Gebots organisatorischer Trennung	385
II. Gebot informationeller Trennung?	386
1. Informationelle Zusammenarbeit als Folge organisatorischer Trennung	387
2. Beispiele informationeller Zusammenarbeit	390
a) „Projektbezogene gemeinsame Dateien“	390
b) „Gemeinsames Terrorabwehrzentrum“	391
c) „Antiterrordatei“	394
7. Teil: Internationalisierung und Europäisierung der Gefahrenabwehr	399
A. Grenzüberschreitende Kooperation	400
I. IKPO – „Interpol“	403
II. Europol	405
III. „Schengen-Besitzstand“	409
1. Schengener Übereinkommen und Schengener Durchführungsübereinkommen	409
2. „Schengener Informationssystem“ (SIS)	411
3. Erweiterung des „Schengen-Besitzstands“ durch den „Vertrag von Prüm“	413
4. „Schengener Grenzkodex“	417
5. Europäische Agentur für die operative Sicherheit an den Außengrenzen – „FRONTEX“	418
a) Verordnungsermächtigung	418
b) Funktion und Aufgaben von „FRONTEX“	419
c) Rechtsschutzfragen	422
IV. Bilaterale Zusammenarbeit	424
V. Datenschutz im Rahmen internationaler polizeilicher Zusammenarbeit	425

B. Bundeswehreinätze im Ausland	432
I. Beteiligung an ESVP-Einsätzen der Europäischen Union.	432
II. Einsatz der Bundeswehr im Rahmen von ESVP-Missionen zur Bekämpfung der Seepiraterie	433
1. Rechtlicher Rahmen der Pirateriebekämpfung	434
a) Pirateriebekämpfung nach Völkergewohnheitsrecht	434
b) Pirateriebekämpfung nach geschriebenem Völkerrecht	435
2. Die ESVP-Mission „Atalanta“	437
a) Resolutionen des Sicherheitsrates	438
b) Operation „Atalanta“	441
c) Deutsches Mandat und Bundeswehreinatz	442
d) Verfassungsrechtliche Grundlage für den Einsatz der Bundeswehr	445
e) (Verfassungs-)rechtliche Bewertung der Operation „Atalanta“	451
C. Einsatz deutscher Polizeikräfte in Auslandsmissionen	457
I. „Wahrnehmungskompetenz“	460
II. Auslandseinsatz der Bundespolizei und Art. 87 a Abs. 2 GG	467
III. Parlamentsvorbehalt für den Auslandseinsatz von Polizeikräften?	470
„Entgrenzung“ der Gefahrenabwehr – eine Grenzüberschreitung?	473
Literaturverzeichnis	481
Stichwortverzeichnis	565